



Europäischer Wirtschafts-  
und Sozialausschuss

# STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

## Die geopolitischen Auswirkungen der Energiewende

Die geopolitischen Auswirkungen der Energiewende  
[JOIN/2022/23 final]

**REX/550**

Berichterstatter: Tomasz Andrzej WRÓBLEWSKI (PL-I)  
Ko-Berichterstatter: Ioannis VARDAKASTANIS (EL-III)

[www.eesc.europa.eu](http://www.eesc.europa.eu)

**DE**

Befassung	28/06/2022
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Beschluss des Plenums	21/09/2022
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme in der Fachgruppe	14/09/2022
Verabschiedung im Plenum	21/09/2022
Plenartagung Nr.	572
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	229/1/6

## 1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 2022 wird als Jahr tiefgreifender weltweiter geopolitischer und energiebezogener Veränderungen in die Geschichte eingehen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Bemühungen der Europäischen Kommission und der einzelnen Mitgliedstaaten, die den Prozess der Befreiung aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen beschleunigt haben. Der EWSA erachtet es angesichts der Dynamik des Krieges in der Ukraine dennoch als notwendig, diesen Prozess dadurch voranzutreiben, dass ein strenges Embargo verhängt wird, das mit dem raschen Ausbau alternativer sauberer Energien einhergehen muss.
- 1.2 Diese Stellungnahme trägt der Befassung im Zusammenhang mit der Mitteilung „**Auswärtiges Engagement der EU im Energiebereich in einer Welt im Wandel (JOIN(2022) 23 final)**“ Rechnung, die von der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission und dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik am 18. Mai 2022 gemeinsam vorgelegt wurde.
- 1.3 Der EWSA wertet es positiv, dass Europa weiterhin zu den Spitzenreitern der Energiewende zählt. Er weist jedoch darauf hin, dass die Veränderungen innerhalb der EU nicht ausreichen, um die Auswirkungen der globalen Emissionen auszugleichen, und dass – sowohl im Hinblick auf den Klimawandel als auch auf den Wirtschaftsaufschwung zur Gewährleistung einer nachhaltigen weltweiten Entwicklung – ein internationales Vorgehen eindeutig im europäischen Interesse liegt.
- 1.4 Der EWSA begrüßt eine Reihe von EU-Initiativen zur Stärkung der internen Resilienz der Union, wie z. B. REPowerEU, oder zur Förderung der politischen Stabilität, wie z. B. die Partnerschaft für eine gerechte Energiewende, Global Gateway und die grüne Agenda für den Westbalkan.
- 1.5 Gleichzeitig hält der EWSA aufgrund der aktuellen politischen Spannungen eine noch aktivere Zusammenarbeit mit einigen Ländern für erforderlich, die in der Lage sind, Europa mit Öl und Gas zu versorgen. Dazu gehören die Vereinigten Staaten sowie in unterschiedlichem Maße südamerikanische und afrikanische Länder, deren Exporte fossiler Brennstoffe durch Wissenstransfer und Technologien für erneuerbare Energien flankiert werden sollten, um so ihre Klimawende beschleunigen zu können.
- 1.6 Der EWSA begrüßt die Initiative zur Anbindung der Republik Moldau und der Ukraine an das europäische Energienetz, fordert aber auch eine regelmäßige Überprüfung der geopolitischen Lage, die durch die dynamischen Veränderungen der Energiestrukturen in Ländern wie Armenien, Georgien und Kasachstan geprägt ist.
- 1.7 Der EWSA weist darauf hin, dass besondere Beziehungen zu Ländern aufgebaut werden müssen, die wichtige Lieferanten von für saubere Energietechnologien benötigten Schwermetallen und Rohstoffen sind und gefährdet sein könnten. Dies erfordert die Entwicklung einer ganz neuen Sparte im Rahmen der internationalen Beziehungen: die europäische Energiediplomatie.

1.8 Aufgrund der jüngsten Erfahrungen mit der übermäßigen Abhängigkeit Europas von Rohstoffen aus unsicheren Quellen fordert der EWSA die EU auf, ihre ehrgeizigen Pläne für die Energiewende so flexibel wie möglich zu gestalten. Dabei sollte genügend Zeit vorgesehen werden, um die geopolitischen Auswirkungen bestimmter Entscheidungen zu analysieren und diese anzupassen, wenn sie zu unerwünschten bzw. unerwarteten Spannungen in der Welt führen.

## 2. Einleitung

2.1 Seit vielen Jahren stehen Fragen im Zusammenhang mit der Energiewende weltweit ganz oben auf der politischen Agenda. Die EU ist mit dem europäischen Grünen Deal ein Vorreiter bei der Energiewende, wobei sie sich auf ihre Werte Nachhaltigkeit, Solidarität und internationale Zusammenarbeit stützt. Da die EU jedoch nur für etwa 8 % (mit abnehmender Tendenz) der weltweiten Emissionen verantwortlich ist, reicht eine interne Politik nicht aus – so ehrgeizig sie auch sein mag.

2.2 Laut den Schlussfolgerungen der Konferenz zum Thema „Die geopolitische Dimension des europäischen Grünen Deals“<sup>1</sup> ist Multilateralismus ein Schlüsselfaktor für die Bewältigung der gemeinsamen grenzüberschreitenden Bedrohungen durch den Klimawandel; und nur Multilateralismus ermöglicht es, die globale Krise zu meistern – nicht aber eine spaltende Geopolitik. Diese Auffassung wird auch in der EWSA-Stellungnahme *Die neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel*<sup>2</sup> vertreten, in der der EWSA die von der Kommission verlangte „Intensivierung internationaler Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz“ befürwortete und mit ihr darin übereinstimmte, dass „unsere Ziele in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel [...] unserer weltweiten Führungsrolle beim Klimaschutz gerecht werden“ müssen.

2.3 Da der Klimawandel und die einschlägigen Maßnahmen enorme geopolitische und industrielle Veränderungen – im Zuge eines Booms bei den erneuerbaren Energien – bewirken und damit die internationalen Beziehungen stark beeinflussen, ist der EWSA zu dem Schluss gelangt, dass die geopolitischen Auswirkungen im Mittelpunkt einer umfassenden Rahmenstellungnahme zum Klimawandel stehen sollten.

2.4 Zwar besteht ein wissenschaftlicher Konsens darüber, dass Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre reduziert werden müssen, doch können in der Klimapolitik die zunehmenden positiven und negativen Verflechtungen zwischen den einschlägigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht ausgeblendet werden.

2.5 Funktionsweise und Parameter des Energiemarkts stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen Situation in den einzelnen Regionen. Hinzu kommt, dass die Versorgung mit fossilen Brennstoffen durch eine hohe Abhängigkeit von einigen wenigen Förderländern geprägt ist.

---

<sup>1</sup> <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/geopolitics-european-green-deal>.

<sup>2</sup> [ABl. C 374 vom 16.9.2021, S. 84.](#)

- 2.6 Wie aus der EWSA-Stellungnahme *Externe Dimension der EU-Energiepolitik*<sup>3</sup> hervorgeht, hat die Dominanz bestimmter Lieferländer, die nicht das gleiche marktwirtschaftliche und politische Modell wie die EU haben, die Energiesicherheit zu einer vordringlichen Frage auf der Tagesordnung der EU gemacht. Zwar wurde damals auf die Folgen der 2008 in Georgien verübten militärischen Aggression Bezug genommen, doch sind angesichts der derzeitigen Lage in der Ukraine, die sich stark in der Beurteilung von Fragen der Energieversorgungssicherheit und der Geopolitik niederschlägt, die damaligen Umstände bemerkenswert aktuell.
- 2.7 Mittelfristig wird die weltweite Energielandschaft völlig anders aussehen als heute. Die Energiewende wird grundlegende Auswirkungen auf die Geopolitik haben und sowohl Bedrohungen als auch Chancen mit sich bringen. Die Art dieser Auswirkungen wird von vielen Faktoren abhängen. Ein Beispiel dafür ist, dass die Dekarbonisierung zu einer größeren Abhängigkeit von Gasimporten führen kann, was die Beziehungen zwischen der EU und Russland noch komplexer machen könnte.
- 2.8 Mit dem Wandel des Energiesystems wird sich auch die Energiepolitik ändern. In einer Welt der sauberen Energien wird es neue Gewinner und Verlierer geben. Einige betrachten die sauberen Energien als „Wettlauf ins All“. Länder oder Regionen, die saubere Technologien einsetzen, umweltfreundliche Energien exportieren oder weniger fossile Brennstoffe importieren, können von dem neuen System profitieren. Hingegen könnten Länder oder Regionen, die auf den Export fossiler Brennstoffe angewiesen sind, einen Machtverlust erleben.

### 3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 Wenn man unter „Energiewende“ systemische Aktionen und Maßnahmen versteht, die darauf abzielen, die den Klimawandel beschleunigende Freisetzung von Kohlenstoffverbindungen in die Atmosphäre zu verringern, dann sollte man neben der Energiewende auch optimale Lösungen hinsichtlich der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft, der Biosequestrierung, Viehzucht oder -nutzung sowie der Möglichkeiten durch die Entwicklung der Technologie zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung ermitteln und umsetzen.
- 3.2 In Anbetracht der Höhe der von den EU-Ländern verursachten Treibhausgasemissionen im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften der Welt muss für die Einbindung anderer Länder in das Klimaschutzbündnis gesorgt werden, um die notwendigen Ergebnisse zu erzielen. Die EU sollte die verschiedenen Formen der internationalen Zusammenarbeit, u. a. Investitions-, Handels- und Innovationspartnerschaften, gezielt nutzen, um weltweit, insbesondere in Entwicklungsländern, Anpassungsmaßnahmen zu fördern.
- 3.3 Die Handelsaktivitäten der Mitgliedstaaten hinterlassen einen erheblichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auch außerhalb der EU. Es ist Aufgabe der EU, sich mit dieser externen Dimension der Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu befassen, wobei sie u. a. bei der bilateralen und regionalen Entwicklungszusammenarbeit den Übergang fördern und sich im Rahmen ihrer Handelspolitik mit den negativen ausstrahlenden Effekten auseinandersetzen sollte.

---

<sup>3</sup> [ABl. C 264 vom 20.7.2016, S. 28.](#)

- 3.4 Die Geopolitik trägt maßgeblich zum Erfolg des europäischen Grünen Deals bei, da der grüne Wandel offensichtlich gravierende Folgen für die internationalen Beziehungen haben wird. Eine erhebliche Schwierigkeit besteht in den Prioritätsunterschieden zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, denn der europäische Grüne Deal wird sich auf die einzelnen Länder ungleich stark auswirken. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sollten die Industrieländer alles dafür tun, um die Folgen für die Länder mit niedrigem Einkommensniveau abzumildern und ihnen zu zeigen, dass sie beim europäischen Grünen Deal nicht zurückgelassen werden.
- 3.5 Ein Beispiel für Aktivitäten, die sich auf die Einbeziehung globaler Partner konzentrieren, ist die Partnerschaft für eine gerechte Energiewende, die auf dem COP26-Gipfel von den Regierungen Südafrikas, Frankreichs, Deutschlands, des Vereinigten Königreichs und der USA sowie der EU ins Leben gerufen wurde. Ziel der Initiative ist es, Südafrika dabei zu unterstützen, seine Wirtschaft zu dekarbonisieren, von der Kohle abzurücken und zu einer emissionsarmen, klimaresistenten Wirtschaft auf der Grundlage sauberer, umweltfreundlicher Energieträger und Technologien zu gelangen.
- 3.6 Ein weiteres Beispiel ist das Global Gateway – die neue europäische Strategie mit dem Ziel, intelligente, saubere und sichere Verbindungen in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr zu fördern und die Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme weltweit zu stärken. Global Gateway soll zwischen 2021 und 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. EUR mobilisieren, um eine dauerhafte weltweite Erholung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Partner und der eigenen Interessen der EU zu unterstützen.
- 3.7 Ein weiteres Beispiel, das im Kontext der Geopolitik von besonderer Bedeutung ist, ist die grüne Agenda für den Westbalkan, mit der ein umfassender ökologischer Wandel hin zu einer emissionsarmen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft im Westbalkan unterstützt werden soll. Insbesondere kann die grüne Agenda für den Westbalkan das Potenzial der Kreislaufwirtschaft erschließen, mehr Arbeitsplätze schaffen und neue Wachstumsperspektiven eröffnen. Eine angemessene Finanzierung durch die EU, die nationalen Regierungen und den Privatsektor wird für die Unterstützung dieses ökologischen Wandels entscheidend sein. In der EWSA-Stellungnahme *Energie als Faktor für die Entwicklung und die Vertiefung des Beitrittsprozesses des Westbalkans*<sup>4</sup> heißt es, dass Energie als Vektor für die Entwicklung und den Verbund der Region aufgefasst und den Bürgerinnen und Bürgern der Westbalkanländer klar vermittelt werden sollte, welche wirtschaftlichen und umweltbezogenen Vorteile ein EU-Beitritt hätte.
- 3.8 Laut den Schlussfolgerungen der oben erwähnten Konferenz *Die geopolitische Dimension des europäischen Grünen Deals* wird die Energiewende mit einer erheblichen Volatilität der Energiepreise einhergehen. All das stellt eine geopolitische Herausforderung dar, zu deren Bewältigung die EU und ihre globalen Partner beitragen sollten, indem sie die mit der Förderung und Ausweitung der Nutzung sauberer Energien verbundenen Risiken verringern und eine Verschärfung bereits bestehender Ungleichheiten vermeiden.

---

<sup>4</sup> [ABl. C 32 vom 28.1.2016, S. 8.](#)

- 3.9 Dies wurde bereits in der EWSA-Stellungnahme *Die neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel*<sup>5</sup> zum Ausdruck gebracht. Der EWSA forderte darin die Kommission auf, den Aspekt der Klimagerechtigkeit künftig bei der Gestaltung der Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung besser zu berücksichtigen. Außerdem erkannte der EWSA an, dass der Klimawandel unterschiedliche soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und andere negative Auswirkungen auf Gemeinschaften haben kann, und sprach sich dafür aus, bestehende Ungleichheiten durch langfristige Eindämmungs- und Anpassungsstrategien zu beseitigen, damit niemand zurückgelassen wird. Der EWSA forderte die Kommission dringend auf, klarzustellen, wie genau sie die Hemmnisse beseitigen will, auf die die am stärksten gefährdeten Länder, Gemeinschaften und Sektoren weltweit beim Zugang zu Finanzmitteln stoßen, und wie dies mit der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Bekämpfung von Ungleichheiten auf regionaler und lokaler Ebene verknüpft werden kann.
- 3.10 Die EU sollte bei ihrer Außenpolitik zur Bekämpfung des Klimawandels nicht nur darauf setzen, dass die Mitgliedstaaten „externe“ Argumente vorbringen und die Umsetzung einer ehrgeizigen Klimawendestrategie unterstützen, sondern sich auch auf das Fachwissen aus Drittstaaten stützen (z. B. im Zuge der Zusammenarbeit mit dem American Natural Resources Conservation Service (NCRS) und anderen ähnlichen Organisationen). Nicht weniger wichtig sind jedoch der interne Austausch bewährter Methoden und die Entwicklung eines systemischen Ansatzes für die Herausforderungen der Energiewende als Teil von Initiativen wie etwa dem Aufbau des gemeinsamen Energiemarkts.
- 3.11 Die dynamische Entwicklung der erneuerbaren Energien erfordert die parallele Modernisierung der Übertragungsinfrastruktur und eine Integration des Energiesystems sowie eine Abkehr von der zentralen Stromerzeugung und -versorgung. Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip müssen lokale Initiativen zur Deckung des Energiebedarfs konsequent gefördert werden. In der EWSA-Stellungnahme *Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems*<sup>6</sup> wurde festgestellt, dass die Kommission bei den Nachbarländern der EU, vor allem den Staaten der Östlichen Partnerschaft, dafür werben sollte, dem Plan zur Systemintegration zu folgen, die nicht nur für die Erreichung der Klimaneutralität, sondern auch für eine stabile Versorgungssicherheit und für erschwingliche Preise für private Verbraucher und die Wirtschaft wichtig ist. Es ist zu prüfen, ob hierfür eine CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer hilfreich ist.
- 3.12 Eine Strategie, mit der veranschaulicht werden soll, dass Klimaschutz auch außerhalb der EU betrieben werden muss, lässt sich nur dann glaubwürdig und wirksam umsetzen, wenn die Transformationsprozesse innerhalb der EU-Mitgliedstaaten angemessen angegangen werden. Wie der EWSA in seiner Stellungnahme *Niemanden bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zurücklassen*<sup>7</sup> betonte, bedeutet „niemanden zurückzulassen“, dass alle Mitglieder der Gesellschaft und insbesondere diejenigen, die weiter zurückliegen, eine echte Chance haben, die Möglichkeiten für sich zu nutzen, und dass sie gut für die Bewältigung der Risiken gerüstet sind. Vor diesem Hintergrund muss den schwächsten Gruppen der

---

<sup>5</sup> [ABl. C 374 vom 16.9.2021, S. 84.](#)

<sup>6</sup> [ABl. C 123 vom 9.4.2021, S. 22.](#)

<sup>7</sup> [ABl. C 47 vom 11.2.2020, S. 30.](#)

Gesellschaft und den am stärksten benachteiligten Regionen und Gebieten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

- 3.13 Wenn die EU wirksame und sozialverträgliche Lösungen für Fragen der vielfältigen Auswirkungen der Klimapolitik auf einzelne ihrer Mitgliedstaaten findet, kann sie auf glaubwürdige Weise weltweit eine Führungsrolle in Sachen Nachhaltigkeit beanspruchen. Gleichzeitig trägt ein Eintreten für Nachhaltigkeit auf globaler Ebene auch dazu bei, politische Ziele der EU in anderen Politikfeldern (zum Beispiel Bekämpfung der Fluchtursachen, fairer Welthandel, Verringerung der außenpolitischen Abhängigkeit von erdölreichen Staaten usw.) zu erreichen.
- 3.14 Wie in der vorgenannten Stellungnahme dargelegt, verfolgt die Europäische Kommission bereits einen Ansatz zur Internalisierung externer Effekte. So räumt sie beispielsweise ein, dass erneuerbare Energien benachteiligt werden, solange sich die externen Kosten fossiler Ressourcen nicht vollständig in den Marktpreisen widerspiegeln, oder sie bemüht sich darum, negative externe Effekte im Verkehrssektor einzupreisen.
- 3.15 Von wesentlicher Bedeutung sind Bildung und Wissenstransfer sowohl im Bereich der allgemeinen Pflichtschulbildung als auch im Bereich der an die breite Öffentlichkeit gerichteten Kommunikation, unter besonderer Berücksichtigung der von der Energiewende unmittelbar betroffenen Gesellschaftsgruppen. Es gilt, klar und deutlich die sich uns bietende zivilisatorische Alternative aufzuzeigen, um wirksam die These verfechten zu können, dass mit den derzeitigen Transformationsanstrengungen eines Teils der Gesellschaft weitaus höhere Kosten vermieden werden, die im Falle von Untätigkeit von der gesamten internationalen Gemeinschaft getragen werden müssen.
- 3.16 Die Energiewende und die Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien tragen zum Erwerb einzigartiger Kenntnisse und Kompetenzen und zur Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze bei. Diese Entwicklungsrichtung der europäischen Volkswirtschaften ist auch eine einzigartige Entwicklungschance, denn sie ermöglicht es den EU-Mitgliedstaaten, ihre Stellung als technologische Spitzenreiter der Energiewende im Sinne von Emissionsminderung zu stärken. Durch den Beitritt weiterer Drittländer zum Bündnis gegen die negativen Folgen des Klimawandels können Märkte für Technologien aus europäischen Volkswirtschaften entstehen.
- 3.17 Der schrittweise Ausstieg aus fossilen Brennstoffen wird zu zunehmenden Spannungen zwischen den EU-Ländern – als Importeure dieser Rohstoffe – und Nicht-EU-Ländern – als Lieferanten – führen. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere Russland als lokaler Brennstofflieferant Rechnung getragen werden, dessen Haushaltseinnahmen in erheblichem Maße aus dem Verkauf dieser Rohstoffe stammen. Darüber hinaus könnten Länder der MENA- und Subsahara-Region, deren Einnahmen in hohem Maße von der Ausfuhr fossiler Brennstoffe abhängen, mit erheblichen politischen und sozialen Folgen konfrontiert sein, die wiederum zu Flüchtlingswellen und Migration nach Europa führen könnten. Eine Änderung des Kooperationsmodells kann aus politischer Sicht durchaus als Bedrohung für die Position eines Landes gesehen werden, dessen Wirtschaft und Staatsführung von den Einnahmen aus der Lieferung fossiler Brennstoffe abhängig sind. Investitionen und kollaborative Lösungen zur



Förderung umweltfreundlicher Energien könnten als Chance zur Unterstützung des Übergangs dieser Volkswirtschaften genutzt werden.

- 3.18 Die Erfahrungen mit dem im 21. Jahrhundert in Europa geführten Krieg geben Anlass zu Überlegungen über eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie und zu überarbeiteten Taxonomieregeln, die nicht zu den negativen Auswirkungen des Klimawandels beitragen.
- 3.19 Ein mögliches Embargo auf russische Öl-, Gas- und Kohleimporte zur Sanktionierung Russlands vor dem Hintergrund der Aggression gegen die Ukraine oder ein Importstopp aufgrund der Notwendigkeit, der Unterstützung des Putin-Regimes dienende Finanztransfers auszusetzen, wird dazu beitragen, die erwarteten geopolitischen Auswirkungen der Aussetzung der Brennstoffimporte aus Russland zu beschleunigen. Gleichzeitig könnte es notwendig sein, das Tempo des Ausstiegs aus den in EU-Ländern verfügbaren Brennstoffen zu überdenken.
- 3.20 Eine Integration zur Schaffung einer Gasunion der EU-Mitgliedstaaten erscheint gerechtfertigt. Ein solcher Ansatz würde gemeinsame Beschaffungsverfahren ermöglichen und zu günstigen Wirtschaftsbedingungen beitragen, während gleichzeitig die Entscheidungen über die Aussetzung des Imports dieses Rohstoffs aus dem Osten koordiniert werden könnten, was angesichts der politischen Dimension eines solchen Beschlusses zu einer kohärenten Außenpolitik der EU-Länder führen würde.

#### 4. Chancen und Herausforderungen

- 4.1 Die Klimapolitik der EU wird je nach Region und außenpolitischen Maßnahmen zur Minderung der ermittelten Risiken und zur Verbesserung der Übergangsprozesse unterschiedliche Auswirkungen haben.
- 4.2 In Bezug auf den Westbalkan werden große Hoffnungen an die Energiemarktaktivitäten im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess geknüpft. Das könnte ein wichtiger, positiver Faktor bei der Gestaltung der geopolitischen Bedingungen in dieser Region sein. Mit der Unterzeichnung der Erklärung von Sofia zur grünen Agenda haben sich die Regierungen der Länder des Westbalkans verpflichtet, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und sich vollständig an den europäischen Grünen Deal anzupassen. Insbesondere kann die grüne Agenda für den Westbalkan das Potenzial der Kreislaufwirtschaft erschließen, mehr Arbeitsplätze schaffen und neue Wachstumsperspektiven eröffnen. Eine angemessene Finanzierung durch die EU, die nationalen Regierungen und den Privatsektor wird für die Unterstützung dieses ökologischen Wandels entscheidend sein.
- 4.3 In Bezug auf Afrika sollte zunächst betont werden, dass Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels für die Länder dieses Kontinents keine Priorität darstellen. Die EU sollte daher mit Afrika zusammenarbeiten, wie es auch bei anderen Entwicklungsländern der Fall ist, um mithilfe eines Bottom-up-Ansatzes sicherzustellen, dass alle Initiativen vor Ort akzeptiert werden und mit den Prioritäten der Partnerländer im Einklang stehen. Andernfalls könnten klimapolitische Maßnahmen bei der lokalen Bevölkerung, die mit elementaren Problemen zu kämpfen hat, auf Unverständnis und Widerstand stoßen. Wie in der EWSA-Stellungnahme *EU und Afrika: Nachhaltigkeit und gemeinsame Werte als Grundlage einer*

***Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe***<sup>8</sup> festgestellt wurde, sind die Herausforderungen für die Entwicklungsländer in Afrika sehr komplex und müssen mittels eines sensiblen und mehrdimensionalen Ansatzes angegangen werden. Darüber hinaus wird sich der Energiebedarf des Kontinents bis 2050 voraussichtlich verdoppeln – bei weiterhin hohen Armutsquoten. Hierdurch würden die Probleme in Bezug auf die ökologische und sozioökonomische Nachhaltigkeit nicht nur andauern, sondern möglicherweise sogar verschärft werden. Dennoch könnten sich Chancen ergeben, da die afrikanischen Länder eine führende Rolle bei der Fotovoltaiktechnologie und der Massenproduktion synthetischer Brennstoffe spielen. Konkrete Möglichkeiten für gemeinsame Projekte, Geschäftstätigkeiten und politische Maßnahmen könnten zu einem neuen sozioökologischen marktwirtschaftlichen Ansatz führen.

- 4.4 Im Hinblick auf die Östliche Partnerschaft ist eine enge Zusammenarbeit mit Ländern, die wie die EU in hohem Maße von fossilen Brennstoffen abhängig und daher starken Preisschwankungen ausgesetzt sind, besonders wichtig, vor allem angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen in der Ukraine. Was die Ukraine, Moldau und Georgien angeht, so sollten diese Länder dabei unterstützt werden, von den Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Russland unabhängig zu werden. Auch sollte die Integration ihrer Stromnetze in das europäische Netz ermöglicht werden. Die vorgenannten Aktivitäten spiegeln sich in der jüngsten Erklärung über eine schnelle Integration in das EU-Stromnetz wider, wobei gemeinsame Anstrengungen der Entscheidungsinstanzen und der Fernleitungsnetzbetreiber erforderlich sind.

Brüssel, den 21. September 2022

Christa Schweng  
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---

<sup>8</sup> [ABl. C 429 vom 11.12.2020, S. 105.](#)